



bewegt

www.gruenebern.ch

ökologisch konsequent. sozial engagiert. global solidarisch



Andrea Probst
Sulamith Reimann
Michel Sellaer

ökologisch. sozial. offen
Und einen Tick voraus



Karin Rickli
Christine Badertscher
Matthias Wüthrich

ökologisch. sozial. offen
Und einen Tick voraus



Roland Jegerlehner
Andrea de Meuron
Roman Gugger
Anna-Katharina Zenger
Peter Stutz

ökologisch. sozial. offen
Und einen Tick voraus



Kantonale Wahlen vom 30. März 2014

«Bitte mehr Grüne!»

Bernhard Pulver, seit 2006 Regierungsrat für die Grünen, ist überzeugt: Für einen starken Kanton Bern und für bessere politische Diskussionen und Entscheide braucht es eine Stärkung der Grünen und knappere Mehrheitsverhältnisse im Grossen Rat.



Ich bin nun seit acht Jahren für die Grünen im Regierungsrat des Kantons Bern. Eine intensive Zeit. Diese acht Jahre waren für mich geprägt von einem nachdrücklichen Einsatz für eine gute Bildung. Für eine gute Kulturpolitik. Für solide erarbeitete und gut abgestützte Lösungen – sei es in der Finanzpolitik, bei der Lösung der Pensionskassenprobleme oder bei meinem Einsatz für einen verlässlichen Lohnaufstieg für das Kantonspersonal und die Lehrkräfte.

Die Grünen haben mich in dieser Arbeit immer gut unterstützt. Kritisch, solidarisch, wohlwollend. Sie waren für mich immer eine wichtige Stütze.

In den letzten Jahren wurde die Lösungssuche in unserem Kanton schwieriger. Waren in der ersten Legislatur die Mehrheitsverhältnisse im Grossen Rat noch sehr knapp, so dominiert nun seit vier Jahren eine deutliche bürgerliche Mehrheit. Im Grossen Rat wird weniger ernsthaft um Lösungen gerungen. Die Mehrheiten sind dafür zu deutlich.

Und die Strategie der FDP-BDP-SVP hat sich in den letzten Jahren auf drei Inhalte reduziert: Der ungeliebten rot-grünen Regierung das Leben schwer machen, Steuern senken und sparen. Damit wird der Kanton Bern nicht weiterkommen.

Und kaum hatte der Grosse Rat im November letzten Jahres ein schmerzhaftes Sparpaket unter Dach und Fach gebracht, fordern diese Parteien schon das nächste Sparpaket – ungeachtet schwarzer Zahlen im Finanzplan.

Nachhaltige Entwicklung als Schlüssel für einen erfolgreichen Kanton Bern

Zum Glück haben wir Grünen eine erfolgversprechendere Strategie für diesen Kanton: Die Ziele der nachhaltigen Entwicklung – Ökologie, wirtschaftliche Entwicklung und sozialer Ausgleich – miteinander in Verbindung zu bringen und die Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftspolitik mit diesen Zielen zu vernetzen. Dass das möglich ist und in der Realität zu guten Lösungen führt, zeigt zum Beispiel mein Wahlprogramm (s. www.bernhardpulver.ch).

Ich habe mich entschieden, für eine weitere Amtsdauer von vier Jahren zu kandidieren. Mein grösster Wunsch für die nächste Legislatur: mehr Grüne im Grossen Rat. Knappere Mehrheitsverhältnisse – in welche Richtung auch immer – garantieren bessere Diskussionen und durchdachtere Entscheide. Die Grünen bringen die für mich wichtigsten Anliegen in den Grossen Rat ein. Deshalb: «Bitte mehr Grüne!»

*Bernhard Pulver, Regierungsrat,
Erziehungsdirektor*

Einen Tick voraus



Vor einem Jahr haben die Grünen mit der überparteilichen Kampagne «Erneuerbare Energie für Bern» gezeigt, welche Begeisterung eine erneuerbare Energieversorgung weckt. Von diesem inneren Feuer und



diesem Gestaltungswillen braucht es mehr. Die Grünen sind fähig und gewillt, diesen Weg weiterzugehen. Und sie haben Ideen, um den Kanton Bern umweltgerechter, solidarischer und stärker zu machen. *Ökologisch. Sozial. Offen. Und einen Tick voraus.*

Stärken Sie bei den Wahlen vom 30. März diese verlässliche, innovative Politik. Wählen Sie die Grünen. Informationen zu den Kandidierenden finden Sie unter www.waehlen.be. Für die Regierungsratswahlen empfehlen wir unseren Erziehungsdirektor Bernhard Pulver, zusammen mit Barbara Egger-Jenzer, Philippe Perrenoud und Andreas Rickenbacher.

*Regula Rytz, Nationalrätin Grüne und Co-Präsidentin Grüne Schweiz
Alec von Graffenried, Nationalrat Grüne*

Inhalt



Seiten 2 und 3
Kulturland schützen, Fracking stoppen



Seiten 4 und 5
Mit den Grünen den Kanton Bern stärken



Seite 7
Rote Karte für Abbaupolitik

Les terres cultivables – un bien précieux et limité



La Suisse connaît une diversité paysagère et climatique importante: cimes élancées, vallées encaissées,

pâturages de montagne escarpés et collines constituent les quelques deux tiers de la surface totale du pays. La population, quant à elle se concentre sur le Plateau où ses besoins en espace augmentent d'année en année, au détriment des terres cultivables. En effet, depuis plusieurs décennies, on estime que près d'un mètre carré de terres cultivables disparaissent chaque seconde en Suisse. Pour le canton de Berne, cela représente plus d'un terrain de football par jour! Les raisons principales à l'origine de ce phénomène sont multiples: croissance de la population, besoin accru en surface habitable et mobilité individuelle élevée entre autres. Lancée par les Verts, l'organisation agricole LOBAG et le PBD, l'initiative sur les terres cultivables milite en faveur de l'inscription dans la Constitution cantonale d'un texte visant à maintenir une quantité suffisante de terres cultivables dans le canton de Berne. Elle a pour but de freiner l'expansion des surfaces dédiées à l'habitat et aux infrastructures et de favoriser une densification à l'intérieur des zones urbaines existantes. C'est la seule manière de garantir un approvisionnement alimentaire local de qualité, des espaces de détente préservés pour la population et de protéger notre précieuse biodiversité. En d'autres termes, il ne s'agit pas d'entraver le développement du canton de Berne, mais de lui fournir un cadre cohérent. Nos terres cultivables sont un bien précieux et limité – protégeons-les!

Plus d'infos sous:
www.initiative-terres-cultivables.ch

Agatha Lerch, agricultrice-bio,
 Verts Jura bernois

Jetzt Kulturland-Initiative unterschreiben!

Kulturland wirksam schützen

Die Grünen, die LOBAG und die BDP haben im November gemeinsam die kantonale Kulturland-Initiative lanciert. Diese fordert einen besseren Schutz des landwirtschaftlich nutzbaren Kulturlands, um eine offene und vielfältige Landschaft, eine regionale landwirtschaftliche Produktion sowie attraktive Lebensräume zu erhalten.



Die starke Bautätigkeit im Kanton Bern stellt uns vor Herausforderungen. Um nicht dieselben Fehler wie andere Regionen zu machen, müssen wir jetzt handeln. Zu diesem Zweck haben die Grünen, der Berner Bauernverband LOBAG und die BDP dieses Projektbündnis geschlossen.

Während einige Dörfer im Verkehr zu ersticken drohen, sind andere zu anonymen Schlafdörfern geworden. Die Kulturland-Initiative ist ein erster Schritt, um diese Entwicklung zu korrigieren. Neueinzonungen sollen nicht generell verboten werden. Aber es geht darum, das Richtige am richtigen Ort zu tun. Konkret soll die Ausdehnung der Siedlungsfläche verlangsamt, und an gut erschlossenen Lagen dichter gebaut werden. Es muss auch der nächsten Generation möglich sein, eine offene und vielfältige Landschaft im Kanton Bern zu geniessen.

Ein weiterer wichtiger Schritt hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft wäre aus meiner Sicht als Biobauer, die Flächen ökologischer zu



«Wichtige Themen brauchen breite Allianzen. Es ist an uns, die ersten Schritte zum Erhalt des Kulturlandes zu unternehmen, um die Lebensgrundlage der nächsten Generationen nicht zu verbauen. Die Raumplanung als dominierendes Thema der Zukunft muss gemeinsam angegangen werden, daher ist die Partnerschaft der LOBAG, der Grünen und der BDP die richtige Antwort auf diese Herausforderung.»

Andreas Wyss, Geschäftsführer LOBAG

bewirtschaften. Unsere regionalen Nahrungsmittel werden mit riesigen Mengen importiertem Phosphordünger aus Afrika oder Futtermitteln aus Brasilien hergestellt. Berücksichtigt man noch den Verbrauch an Dieselöl, so setzt die konventionelle Landwirtschaft immer noch mehrere Kalorien fossile Energie ein, um eine Nahrungskalorie zu produzieren.

Um das Ziel einer nachhaltigeren Landwirtschaft zu erreichen, steht uns Grünen noch viel Überzeugungsarbeit bevor. Unterstützen Sie uns dabei: Unterschreiben Sie die beigelegte Unterschriftenkarte und schicken Sie sie möglichst rasch zurück. Mehr Informationen:

www.kulturland-initiative.be.

Kilian Baumann, Biobauer,
 Grüne Seeland, Suberg



So eben nicht: Der Kanton Bern braucht zwar eine Weiterentwicklung, aber am richtigen Ort und mit klaren Rahmenbedingungen.



Mit der Stopp-Fracking-Initiative stellen die Grünen sicher, dass der Kanton Bern auf die Schaffung weiterer Abhängigkeiten von nicht-erneuerbaren Energien verzichtet.

Keine Vergiftung unserer Böden durch Erdgasförderung

Fracking nein danke

Seit November sammeln die Grünen Unterschriften für die Stopp-Fracking-Initiative – und das mit grossem Echo aus der Bevölkerung. Mit der Initiative wollen die Grünen die negativen Folgen des Frackings, einer umweltschädigenden Methode zur Förderung von Erdgas, verhindern.



«Texaner wollen Millionen in die Gassuche investieren», titelte die Berner Zeitung im Juni 2013. Der Gasboom in den USA schürt bei ausländischen Gesellschaften die Hoffnung auf Gasfunde auch in der Schweiz. Beim Fracking, einer Methode zur Förderung von Schiefergas, werden ein giftiger Chemikalien-Cocktail, Millionen Liter Süsswasser und Quarzsand in den Boden gepumpt.



Internationale Erdöl- und Erdgaskonzerne und -Konsortien liefern sich derzeit hinter den Kulissen einen wahren Wettstreit um die Vertei-

lung der Schürfbewilligungen – auch im Kanton Bern. Die von ihnen beauftragten Lobby-Organisationen bereiten währenddessen den Boden, um die Akzeptanz der umstrittenen und umweltschädigenden Fördermethode zu verbessern. Wenn wir nicht in die Falle der Erdöllobby tappen wollen, dann müssen wir heute unterbinden, dass es im Kanton Bern jemals zur Förderung von Schiefergas kommt. Die Grünen Kanton Bern haben darum die Stopp-Fracking-Initiative lanciert. Das sehr positive Echo bei den Unterschriftensammlungen zeigt, dass Fracking breiten Bevölkerungskreisen Sorge bereitet.

Jetzt handeln!

Auch in anderen Kantonen gibt es Widerstand gegen Fracking: Freiburg und Waadt haben entschieden, keine Schürf- und Erschliessungsbewilligungen mehr zu erteilen. Der Genfer Staatsrat hat sich für ein Fracking-Verbot ausgesprochen. In Neuenburg konnte jüngst ein weit fortgeschrittenes Projekt in letzter Minute gestoppt werden. Wieso es frühzeitig ein klares Nein braucht, zeigt Frankreich, das Fracking im Jahr 2011 verboten hat. Wegen erteilter und nachträglich entzogener Bohrgenehmigungen drohen nun Schadenersatzklagen in Milliardenhöhe. Damit es im Kanton Bern nicht so weit kommt, braucht es die Stopp-Fracking-Initiative. Unterschreiben Sie die beiliegende Unterschriftenkarte und schicken Sie sie uns so rasch als möglich zurück. Vielen Dank.

Anna-Katharina Zenger, Gemeinderätin Uetendorf, Vize-Präsidentin Grüne Kanton Bern

Jan Remund, Leiter Geschäftsbereich Sonne und Klima, Vize-Präsident Grüne Kanton Bern

À Berne aussi, protégeons nos paysages contre le fracking!



En mars 2013, la conseillère nationale Aline Trede déposait un postulat chargeant le Conseil fédéral d'ex-

aminer les risques et conséquences de la fracturation hydraulique en Suisse. Entre temps, plusieurs cantons ont pris les devants pour empêcher l'utilisation de cette méthode toxique sur leur sol: grâce à une motion des Verts, le canton de Genève va interdire l'extraction du gaz de schiste sur son territoire et s'y opposera également dans les organes transfrontaliers. Dans le canton de Vaud, les Verts ont contribué au moratoire interdisant la fracturation hydraulique et à Neuchâtel, une pétition pour empêcher un projet de forage a récolté un score historique. Du côté de Fribourg, le Conseil d'État a décidé de «suspendre toutes les recherches d'hydrocarbures sur le territoire fribourgeois», exprimant clairement son intention de favoriser les énergies renouvelables. Car, outre ses conséquences catastrophiques sur le paysage et sur l'environnement, le fracking prolonge notre dépendance envers les énergies fossiles et sabote les efforts du tournant énergétique. Dans le canton de Berne, plusieurs demandes d'exploration d'hydrocarbures ont été déposées par des consortiums gaziers ayant leur siège à l'étranger. La SEAG et sa partenaire texane eCORP LLC sont déjà détentrices de permis de prospection dans le Seeland, et la société londonienne Celtique Energy bénéficie quant à elle d'un permis de prospection pour la région jurassienne depuis avril 2012. Suite à ce constat alarmant, les Verts Canton de Berne ont décidé de lancer une initiative populaire pour couper court à toute perspective d'exploitation du gaz de schiste sur sol bernois. Signez l'initiative! Aidez-nous à dire stop au fracking!

Plus d'infos: www.stop-fracking.ch

Pablo Donzé, conseiller de ville et président de fraction, Verts Bienne



«Fracking beansprucht Unmengen an chemisch versetztem Wasser, letztlich zum Schaden unseres Trinkwassers. Beeinträchtigt werden auch wertvolle Böden durch die Art der Nutzung der Bohrfelder. Raumplanerische Sündenfälle sind vorprogrammiert. Pro Natura Bern unterstützt die Stopp-Fracking-Initiative, die der umweltschädigenden Methode im Kanton Bern rechtzeitig einen Riegel schieben will.»

Verena Wagner, Präsidentin Pro Natura Bern

100 Gründe

Keine andere Partei setzt sich verlässlicher für einen ökologischen und sozialen Kanton Bern ein als die Grünen. Entsprechend viele Gründe gibt es, die Grünen zu wählen. 100 davon lesen Sie bis am 30. März täglich auf gruenebern.ch und twitter.com/gruenebern.



OBERAARGAU «In Sachen Schulsozialarbeit ist der Oberaargau ein weisser Fleck auf der Karte. Meistens wird sie aus Kostengründen abgelehnt. Dabei könnte sie als Präventionsmassnahme späteren sozialen Problemen der SchülerInnen vorbeugen. Die Grünen sind überzeugt, dass sich die Schulsozialarbeit längerfristig lohnt.»

Christine Badertscher, Gemeinderätin Madiswil, B. Sc. in Umweltingenieurwesen



SEELAND «Zwischen Nutzung und Schutz der Ressourcen bestehen Zielkonflikte. Die wichtige Arbeit der Grünen besteht darin, im Sinne der Nachhaltigkeit tragfähige Lösungen zu finden, die auch die Ansprüche kommender Generationen berücksichtigen. Gerade im Seeland ist der Schutz der verbliebenen natürlichen Flächen und des Kulturlandes vordringlich.»

Silvia Lüthi, Grossrätin Grüne, Gemeinderätin Ins



OBERLAND «Menschen mit einer Behinderung sind nicht einfach «die Schwächsten der Gesellschaft», sondern gleichberechtigter, wertvoller Teil der Gesellschaft. Wir tun gut daran, Hürden abzubauen – in Lebens- und Arbeitswelten und in den Köpfen. Daran arbeiten wir Grünen mit Herz und Kopf, auch für Sie!»

Christine Hässler, Grossrätin und Fraktionspräsidentin Grüne, Burglauenen



JURA BERNOIS «Le travail effectué par notre député Pierre Amstutz et son engagement pour les énergies renouvelables sont unanimement reconnus dans la région. Une mobilisation de tous nos membres et sympathisants ainsi qu'une importante visibilité au cours de la campagne seront indispensables pour lui permettre de poursuivre son mandat.»

Mathieu Chaïnât, médiamaticien, Tramelan



Für einen ökologischen, sozialen und offenen Kanton Bern

Mit den Grünen den Kant

Die Grünen wollen den Kanton Bern stärken. Über den «Kanton Bern im Kriechgang» wurde in den letzten Jahren genug gejammert. Jetzt geht es darum, die Zukunft zu gestalten. Zu diesem Zweck haben die Grünen das Programm «Fünf Entwicklungsachsen für den Kanton Bern» erarbeitet. Helfen Sie mit, diese Ziele zu verwirklichen. Wählen Sie am 30. März die Grünen.



Das Sparpaket Aufgaben- und Strukturüberprüfung hat das Elend der Berner Kantonspolitik offenbart: Abbau bei der Spitex, Kürzung der Prämienverbilligungen für die Krankenkasse zu Lasten von Mittelstand und Familien, Abbau bei der Bildung – und gleichzeitig eine Erhöhung der Grossrats-

entschädigungen. Kurzfristiger kann Politik kaum sein. Keine andere Partei ist bei diesen Entscheiden verlässlicher für soziale Gerechtigkeit eingetreten als die Grünen (siehe Seite 7).

Die Wahlen vom 30. März sind die Gelegenheit, die Weichen für einen ökologischeren und sozialeren Kanton Bern zu stellen. Die Grünen wollen Verantwortung über-



THUN «Kinder und Jugendliche brauchen verlässliche Partner und gute Strukturen, damit sie erfüllte, glückliche Menschen werden können.

Die Grünen setzen sich für ein entsprechendes Bildungssystem ein. Sie stellen nicht pseudogene Ratingsysteme, sondern den Menschen in den Mittelpunkt ihrer Politik.»
Anna-Katharina Zenger, Vize-Präsidentin Grüne Kanton Bern, Gemeinderätin Uetendorf, Lehrerin



BERN, GB «Wir Grüne engagieren uns für den sozialen Ausgleich. Statt Steuer geschenke für Reiche und schwere Autos setzen wir

uns für gute Bildung und Pflege für alle ein. Menschen in Notlagen brauchen tragfähige soziale Netze. Wir stehen ein für Chancengleichheit und Integration und wehren uns gegen Ausgrenzung.»
Natalie Imboden, Grossrätin Grüne, Gewerkschaftssekretärin, Bern



Kanton Bern stärken

nehmen. Mit der Stopp-Fracking-Initiative schützen wir mit Unterstützung von Umweltverbänden unsere Böden und Trinkwasservorkommen vor einer Vergiftung durch die schädliche Erdgasfördermethode (siehe Seite 3). Mit der Kulturland-Initiative sorgen wir dafür, dass unsere Kulturlandreserven keinem blinden Überbauungsseifer zum Opfer fallen (siehe Seite 2).

Unser Programm «Fünf Entwicklungsachsen für den Kanton Bern» schafft die Grundlagen für einen lebenswerten, attraktiven Kanton Bern. Mit einer Offensive beim sozialen und ökologischen Wohnungsbau ermöglichen wir zum Beispiel, dass jene

Menschen, die im Kanton Bern arbeiten, auch hier wohnen und Steuern zahlen. Die Steuerung der Spitalpolitik durch politische Gremien statt durch autonome Aktiengesellschaften ermöglicht eine gute Gesundheitsversorgung für alle. Das ganze Programm finden Sie unter www.gruenebern.ch.

Helfen Sie mit, unseren Kanton zu stärken. Helfen Sie mit, unseren Kanton ökologischer, sozialer und nachhaltiger zu machen. Gehen Sie am 30. März an die Urne. Und wählen Sie Grün. Vielen Dank.

*Regula Tschanz,
Geschäftsführerin Grüne Kanton Bern*



BERN, GFL «Die Grünen im Grossen Rat sprechen nicht nur über die Kultur, sondern man trifft sie leibhaftig im Konzert oder Theater, im Museum, an der Vernissage, im Kino, am Tanzfestival oder bei einer Lesung; manchmal sogar auf der Bühne! Das macht uns kompetent und überzeugend im Einsatz für die Kultur im Kanton Bern.»

Bettina Keller, Grossrätin Grüne, Musikerin, Musiklehrerin, Wohlen



BIENNE «Votons vert afin que des mesures efficaces soient prises pour lutter contre le mitage du territoire! Nos terres cultivables remplissent de multiples fonctions et jouent un rôle essentiel pour notre qualité de vie. Avec l'initiative sur les terres cultivables, nous veillons à ce qu'elles soient traitées avec soin.»

Daphné Rüfenacht, députée Les Verts, géographe, Bienne

100 GRÜNDE, DIE GRÜNEN ZU WÄHLEN

www.gruenebern.ch

www.twitter.com/gruenebern



JUNGE GRÜNE «Vom Berner Oberland bis ins Seeland, quer durch den Kanton, treten Junge Grüne zu den Grossratswahlen an – im Oberaargau und in der Stadt Bern sogar mit eigenen Listen. Die Jungen Grünen haben sich in den letzten Monaten als *die* Jungpartei im Kanton Bern etabliert – ökologisch konsequent, sozial engagiert, wirtschaftlich fair und jugendlich innovativ.»

*Roman Gugger,
Co-Präsident Junge Grüne Kanton Bern*



MITTELLAND-SÜD «Die Grünen braucht's, weil sie nicht nur die VordenkerInnen der Energiewende sind, sondern sich auch in Zukunft dauerhaft, ohne Scheuklappen und mit viel Energie und Wissen dafür einsetzen werden. Die Wende ist zwar eingeleitet – der Prozess wird allerdings noch Jahrzehnte dauern und viel Einsatz erfordern.»

Jan Remund, Vize-Präsident Grüne Kanton Bern, Mitglied Parlament Köniz, dipl. Naturwissenschaftler ETH



EMMENTAL «Das Emmental ist aus wirtschaftlicher Perspektive eine Randregion, es muss seine Zukunft auf die lokalen Ressourcen ausrichten: kleinräumige, gesunde Strukturen, eine Vielfalt von wirtschaftlichen und sozialen Aktivitäten und eine intakte Natur. In Zusammenarbeit mit dem Kanton und den Zentren bieten sich unzählige Entwicklungsmöglichkeiten.»

Daniel Bachofner, Co-Präsident Grüne Emmental, Gemeinderat Krauchthal



MITTELLAND-NORD «Zur Energiewende braucht's nun noch die Landschaftswende: Weniger (nicht-erneuerbaren!) Boden verbrauchen, Kulturland für kommende Generationen sparen, Kulturlandschaften aufwerten – und unsinniges Bauen am falschen Ort stoppen! Es braucht die Grünen und ihren Druck, damit die Wende gelingt: die Energie- und die Landschaftswende.»

Bruno Vanoni, Mitglied Parlament Zollikofen, Informationsbeauftragter Fonds Landschaft Schweiz FLS

Die Mehrheitsverhältnisse im Grossen Rat behindern die Entwicklung des Kantons Bern

Erfolge trotz widriger Umstände

Kein neues AKW, ein Grundkonsens für erneuerbare Energien, die Einführung der Basisstufe, das Prostitutionsgewerbegesetz und die Aufnahme des Kampfes gegen die Armut: Trotz einer erdrückenden bürgerlichen Mehrheit haben die Grünen in der letzten Legislatur klare Erfolge erzielt. Um eine ökologische und soziale Politik zu stärken, braucht es bei den Wahlen vom 30. März aber eine Stärkung der Grünen.



Von 2006 bis 2010 standen den 79 Grossratsmandaten von rot-grün-mitte-Parteien 81 bürgerliche Sitze gegenüber. Diese knappen Mehrheitsverhältnisse garantierten, dass die besten Lösungen gewannen. Von 2010 bis 2014 hatten die rot-grün-mitte-Parteien noch 69 Sitze, der bür-

gerliche Block 91. Das ermöglichte SVP & Co. ein hartes Powerplay. Entsprechend schwierig gestaltete sich die zu Ende gehende Legislatur.

Finanzpolitische Hungerkur

Das gilt primär für die Finanzpolitik. Steuer-senkungen entzogen dem Kanton über 300 Mio. Franken jährliche Einnahmen. Gegen den

Einsatz der Grünen erhöhte sich der Grosse Rat gleichzeitig die eigenen Entschädigungen. Die Folge dieser entgleisten Finanzpolitik ist der von den bürgerlichen Parteien durchgesetzte, knallharte Leistungsabbau.

Kein neues AKW

Gleichwohl erzielten die Grünen Erfolge. Mit 49 Prozent war der Neinstimmen-Anteil bei der Abstimmung über ein neues AKW so hoch, dass ein solches undenkbar geworden ist. Die von den Grünen geführte Kampagne «Erneuerbare Energie für Bern» bezeugt, welche gute überparteiliche Zusammenarbeit die erneuerbaren Energien ermöglichen; das von den Grünen gezeichnete Bündnis hat die energiepolitische Diskussion nachhaltig verändert. Dank erfolgreichen, von den Grünen miteingereichten Motionen wurden das Prostitutionsgewerbe-gesetz erlassen und die Bekämpfung der Armut konkret angepackt. Eine starke Rolle spielten die Grünen auch beim neuen Lehrer-anstellungs- und Personalgesetz: Dank diesen kann das Kantonspersonal nach Jahren der Ent-behrungen wieder mit fairen Lohnaufstiegen rechnen. Die Volksschulgesetzrevision führte zur Einführung des zweijährigen Kindergartens und der Basisstufe.

Jetzt Grüne stärken

Trotz widriger Umstände haben die Grünen ein Maximum herausgeholt. Aber es ist klar: Um den Kanton Bern ökologischer und sozialer zu machen, braucht es eine Stärkung der Grünen und neue Mehrheitsverhältnisse.

Christine Häslar, Grossrätin und Fraktionspräsidentin Grüne



Ein entscheidender Schritt vorwärts: Ein neues AKW in Mühleberg ist nach dem knappen Abstimmungsresultat vom Februar 2011 nicht mehr denkbar und der Atomausstieg ist absehbar.

Ausblick auf das das Jahr 2014

Entscheidende Weichenstellungen

Im Jahr 2014 finden nicht nur Gross- und Regierungsratswahlen statt, sondern es stehen auch wichtige Sachentscheide an. Mit der Abstimmung über die Handänderungssteuer droht eine weitere finanzpolitische Verschlechterung (siehe auch S. 7). Und die Initiative «Mühleberg vom Netz» ermöglichte eine sofortige Abschaltung des AKW Mühleberg.



Den politisch interessierten BernerInnen wird nach den Wahlen vom 30. März nur eine kurze Verschnaufpause gegönnt. Bereits am 18. Mai steht die Abstimmung über eine Revision

des Handänderungssteuer-Gesetzes an. Die Revision wurde als Gegenvorschlag zu einer unterdessen zurückgezogenen Initiative konzipiert, welche die Handänderungssteuer ganz streichen wollte. Die Auswirkungen des Gegenvorschlags sind verheerend: Der Kanton Bern müsste weitere Ertragsausfälle von 25 Mio. Franken pro Jahr hinnehmen.

Im Mai oder im September kommt die Initiative «Mühleberg vom Netz» vors Volk, welche die sofortige Ausserbetriebnahme des AKW Mühleberg verlangt. Mit der Ankündigung der BKW, das AKW 2019 vom Netz zu nehmen, hat sich die Ausgangslage verändert. Zudem besteht Unklarheit, ob Vorgaben des

ENSI allenfalls eine Ausserbetriebnahme von Mühleberg sogar vor 2019 ermöglichen.

Absehbar ist, dass es im Mai zu einer Abstimmung über das Pensionskassengesetz kommt; die Referendumsfrist läuft am 3. Februar definitiv ab. Ein Scheitern der Gesetzesvorlage hätte gravierende Folgen: Statt einer Ausfinanzierung innerhalb von 20 Jahren müsste diese in der hälftigen Frist durchgesetzt werden, was die jährlichen Kosten für Arbeitnehmende und Arbeitgebende massiv in die Höhe drücken würde.

Blaise Kropf, Präsident Grüne Kanton Bern, Grossrat Grüne

Der Grosse Rat beschliesst besorgniserregenden Leistungsabbau

Rote Karte für Abbaupolitik

Einen beispiellosen Leistungsabbau von 153 Mio. Franken – das hat der Grosse Rat in der letzten Session beschlossen. Dass die Bevölkerung mit dieser Politik nicht einverstanden ist, zeigt das Budget-Nein der Stadt Biel.



Einsparungen von bis zu elf Millionen Franken durch eine Erhöhung der Schulklassengrössen. Ein Abbau von zehn Millionen Franken in der Psychiatrie. Kürzungen von 13 Mio. Franken bei der Spitex. Eine Reduktion von 24 Mio. Franken bei den Prämienverbilligungen für die Krankenkasse, wodurch bis ins Jahr 2015 über 60 000 Personen ihren Anspruch auf eine Verbilligung verlieren werden; gewisse Familien werden mit finanziellen Einbussen von bis zu 6000 Franken konfrontiert sein. Innerhalb von nur vier Tagen hat der Grosse Rat zahlreiche wichtige Leistungsangebote für die BewohnerInnen des Kantons Bern zertrümmert.

Fahrlässiger Kahlschlag

Dieser Kahlschlag im Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesen wäre nicht nötig gewesen. Aufgrund der Bilanzsituation des Kantons Bern wäre eine Phase der temporären Neuverschuldung durchaus tragbar gewesen. Zudem ist davon auszugehen, dass die Steuererträge in den nächsten Jahren ansteigen und so das Defizit verringern werden. In einer solchen Situation auf Vorrat Leistungen zu ruinieren und den sozialen Zusammenhalt zu strapazieren, ist schlicht fahrlässig. Die Parteien SVP, FDP und BDP, die sich vor Beginn der Beratungen als Robin Hoods des Alters-, Behinderten- und Spitexbereichs ausgegeben hatten, entlarvten sich als dessen Totengrä-



Trotz halbleeren SVP-Reihen: Der Grosse Rat kürzte unzählige Leistungsangebote.

ber. Die von denselben Parteien beschlossene Lohnerhöhung in eigener Sache ist hier bloss noch das zynische i-Pünktchen.

Was die Bevölkerung von dieser Abbaupolitik hält, zeigt das Volks-Nein zum Budget der Stadt Biel. Dank grossem Engagement der Grünen lehnten die Stimmberechtigten das Sparbudget in der Abstimmung vom 24. November mit 55 Prozent Nein-Stimmen klar ab. Es ist zu hoffen, dass die Stimmbewölkerung des Kantons Bern den SparpolitikerInnen aus dem Grossen Rat die rote Karte auch noch zeigt. Spätestens bei den Wahlen vom 30. März 2014.

Blaise Kropf, Präsident Grüne Kanton Bern, Grossrat Grüne

Impressum

Grüne Kanton Bern, Monbijoustrasse 61, PF 1066, 3000 Bern 23

Erscheint vier Mal jährlich für Mitglieder und Sympathisierende der Grünen Kanton Bern.

Redaktion: Regula Tschanz

Gestaltung: www.muellerluetolf.ch

Portraitfotos: Fabian Lütolf

Fotos: S. 1: Remo Ubezio; S. 7: Valérie Chételat

Druck: Bubenberg Druck, Bern

Auflage: 10 000

Redaktionsschluss Nr. 31: 28.02.2014

sekretariat@gruenebern.ch

Tel. 031 311 87 01, PC-Konto: 60-791966-7

Agenda

■ **31.01.2014: Die Grünen stellen sich vor.** Sie möchten mehr wissen über die Schwerpunkte der Grünen, unsere aktuellen Projekte oder Möglichkeiten, uns zu unterstützen? An einer Informationsveranstaltung mit Apéro stellen sich die Grünen Kanton Bern vor. Die Veranstaltung ist öffentlich – eingeladen sind alle, die uns persönlich kennenlernen möchten. 18.00 – 21.00, Bildungszentrum WWF, Bollwerk 35, Bern.

■ **03.02.2014: Sofagespräch mit Bernhard Pulver und Hans Ulrich Glarner.** Die grossen Linien sind gezogen mit Kulturstrategie und Kulturförderungsgesetz sowie den grossen Projekten um die Berner Institutionen. Wie

geht es inhaltlich weiter mit der Berner Kulturpolitik? Ein Gespräch mit Regierungsrat Bernhard Pulver und Hans Ulrich Glarner, neuer Leiter des Amtes für Kultur. Anschliessend können Sie die Kunsthalle besichtigen und den Abend bei einem Apéro ausklingen lassen. 18.30, Kunsthalle Bern, Helvetiaplatz 1, Bern.

■ **20.02.2014: Darf ich Sie etwas fragen, Herr Pulver?** Regierungsrat Bernhard Pulver stellt sich den Fragen von Irène Müller-Flück, Laienschauspielerin. Mit Eingangreferat von Bernhard Pulver. 20.00, Zehntenhaus, Moosweg 2, Uetendorf.

■ **25.02.2014: Zukunft der Schulen im Kan-**

ton Bern. Diskussionsveranstaltung mit Referat von Erziehungsdirektor Bernhard Pulver. 19.00, Kornhaus, Wangenstrasse 1, Herzogenbuchsee.

■ **26.02.2014: Was bedeutet Kultur, was ist sie uns wert?** Diskussionsrunde mit Bernhard Pulver, Regierungsrat, Thomas Beck, Direktor der Hochschule der Künste Bern, Andrea Glauser, Kultursoziologin, Claude Eichenberger, Sängerin, und weiteren. Moderiert von Katharina Kilchenmann (Radio SRF). Organisiert durch die Arbeitsgruppe Bildung und Kultur der Grünen Kanton Bern. 19.30, Mansarde im Stadttheater, Kornhausplatz 20, Bern. Eintritt frei, Kollekte.

Ja zu «Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur» (FABI)

Schub für die umweltschonende Mobilität

Am 9. Februar werden wichtige Weichen gestellt. Der öffentliche Verkehr in der Schweiz ist eine Erfolgsgeschichte. Damit dies so bleibt, soll mit FABI die nächste Etappe der Bahnzukunft gestartet werden.



Immer öfters sind auch junge Menschen mit Tram, Bus und Bahn unterwegs. Sie schonen damit nicht nur ihr Portemonnaie, sondern auch die Umwelt. Der öffentliche Verkehr verbraucht weniger Siedlungsfläche und Energie und produziert weniger Luftschadstoffe und Treib-

hausgase als der motorisierte Individualverkehr. Kein Wunder, sind die SchweizerInnen heute WeltmeisterInnen im Bahnfahren.

Mit FABI ins neue Eisenbahnzeitalter

FABI ist der Gegenvorschlag zur VCS-Initiative «für den öffentlichen Verkehr», die im Sommer zurückgezogen wurde. Dank der Initiative will der Bund bis 2025 rund 6,4 Milliarden Franken investieren, um Schienenengpässe zu beheben und den Reisenden mehr Verbindungen, mehr Sitzplätze und auf einzelnen Strecken auch kürzere Reisezeiten anzubieten. Auch dem Güterverkehr sichert FABI die

nötigen Kapazitäten. Und erstmals werden im neuen Bahninfrastrukturfonds die Mittel für den langfristigen Unterhalt des bestehenden Schienennetzes bereitgestellt. Ein Ja zu FABI ist deshalb auch ein Ja zur ökologischen und finanziellen Nachhaltigkeit.

FABI bringt auch Bern voran

FABI umfasst Projekte in allen Regionen der Schweiz. Auch das Angebot im Kanton Bern wird verbessert. Durch eine Optimierung der Infrastruktur gibt es in Zukunft attraktivere Verbindungen nach Luzern oder in die Romandie. Wichtig sind auch der Viertelstundentakt nach Münsingen und der Startschuss für den Vollausbau des Lötschbergbasistunnels. Trotz dieser Vorzüge ist FABI noch lange nicht am Trockenen. Widerstand gibt es vor allem gegen die Begrenzung des Pendlerabzuges auf 3000 Franken pro Jahr. Über 60 000 Franken ziehen heute einzelne Autofahrer von den Steuern ab. Dank FABI werden die Pendlerkilometer nicht mehr vergoldet. Weil dies nicht allen gefällt, ist umso mehr grüne Überzeugungsarbeit gefragt. Helfen Sie mit und stimmen Sie am 9. Februar Ja!

*Regula Rytz, Nationalrätin Grüne,
Mitglied Verkehrskommission und
Vorstand Alpeninitiative*

| Linie | Abfahrtsort | Abfahrtszeit | Zielform | Zielort |
|-----------------|-------------|-------------------|--------------------|---------|
| IR | 15.00 | Worblaufen | Bolligen | |
| S7 | 15.00 | Wankdorf | Lyss | |
| S8 | 15.00 | Zürich HB | Zürich Flughafen → | Win |
| IC | 15.02 | Felsenau Tiefenau | Worblaufen | |
| S9 | 15.02 | Ausserholligen | Kehrsatz | |
| S3 | 15.02 | Thun | Spiez | Inte |
| ICE | 15.04 | Olten | Liestal | |
| IC | 15.04 | Fribourg | Lausanne | Bur |
| IR | 15.04 | Jegenstorf | Bätterkinden | Bib |
| IR RegioExpress | 15.05 | Ausserholligen | Köniz | |
| S6 | 15.06 | Thun | Spiez | Vis |
| IC | 15.07 | Thun | Harzenenbuchsee | Lar |

Nein zu «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache»



Die Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» ist klar abzulehnen. Mit der Fristenlösung wurden klare Verhältnisse geschaffen, welche durch diese Initiative wieder zunichte gemacht würden. Die Fakten sprechen für sich: Die Schwangerschaftsabbruchrate in der Schweiz ist die tiefste in Europa.

Ein Schwangerschaftsabbruch ist nie ein Klacks. Keine Frau, kein Paar macht einen solchen aus einer Laune heraus. Die Initiative stellt jedoch das Selbstbestimmungsrecht der Frauen – je nach finanziellen Verhältnissen – in Frage. Zudem würde mit der Initiative das Solidaritätsprinzip unserer Krankenkassen verletzt. Eine Frau wird, ausser die heilige Mutter Maria, nie allein schwanger, es braucht immer zwei dazu. Mit der Initiative müssten aber Frauen alleine für den Schwangerschaftsabbruch aufkommen. Und entlasten würde dies die Krankenkassen kaum.

Aline Trede, Nationalrätin Grüne

Nein zur Masseneinwanderungsinitiative



Diese Abschottungsinitiative der SVP verstösst gegen das Personenfreizügigkeitsabkommen. Sie gefährdet wegen der «Guillotineklausel» auch die anderen Bilateralen Verträge – dies wollen und sollen wir nicht riskieren. Die Schweiz verdient jeden zweiten Franken im Ausland, über die Hälfte davon in der EU. Die Zuwanderung hat zudem weder die Löhne gedrückt noch die Arbeitslosigkeit gefördert – dank der flankierenden Massnahmen. Wir sollten unseren Nachbarn in Europa nicht die Türe vor der Nase zuschlagen. Lösen wir die Probleme gemeinsam, statt uns zu isolieren. Schliesslich arbeiten dank der Freizügigkeit auch 400 000 SchweizerInnen in der EU, oder können Studierende dort Auslandsemester absolvieren. Die Personenfreizügigkeit bedeutet Freiheit und Zusammenarbeit, dies ist entscheidend für die Integration in Europa. Daran wollen wir festhalten!

Alec von Graffenried, Nationalrat Grüne

Nein zur Konkordats-Verschärfung



Über eine Million Personen besuchen im Kanton Bern jährlich Eishockey- und Fussballspiele, die mehrheitlich friedlich ablaufen. Trotzdem gibt es leider vereinzelte Gewaltvorfälle, die aber rückläufig sind. Die Politik hat mit dem seit 2010 bestehenden Konkordat repressive Massnahmen getroffen, die greifen. So konnten die Polizeikosten in der Stadt Bern zwischen 2009 und 2012 mehr als halbiert werden.

Die nun vorgesehene Verschärfung des Konkordats ist rechtsstaatlich höchst bedenklich. Statt die wenigen Täter zu belangen, würden alle Zuschauenden von Massnahmen getroffen und unter Generalverdacht gestellt. Das Spezialgesetz gefährdet den erfolgreichen «Berner Weg», der neben Repression auch Prävention, Kooperation und den Dialog aller Akteure wie Fanclubs, Fanarbeit, Clubs und Polizei beinhaltet. Deshalb müssen nicht nur alle Sportbegeisterten am 9. Februar Nein stimmen.

Clemens Friedli, Grüne Burgdorf